

**Jour fixe vom 10.12.18 – GS-Artikel: E. Macron: Schon wieder einer, der sein Land ganz groß machen will (GS 2-18) und die „Gelben Westen“**

— *Warum setzt sich Macron gegen das demokratische Prozedere ab, das doch (eigentlich) der Garant für die Übersetzung von Unzufriedenheit in Zufriedenheit ist?*

— *Laut Macron führt das demokratische Prozedere der Parteien zu Verkrustungen der Politik, zu Korruption, Anfälligkeiten für Bestechungen, zur Einnistung von partikularen Interessen, zur Beförderung von Parteikarrieren, usw. Und die Bürger nisten sich in Privilegien ein. All das führt zum Stillstand Frankreichs. Macron hält demgegenüber die Privatinitiativen der einzelnen Konkurrenzsubjekte für das Lebenselixier Frankreichs. Indem jeder Einzelne Selbstinitiative zeigt, sich um einen Job kümmert, sich selbst aus seiner elenden Lage befreit, indem er aus eigener Initiative Unternehmer wird und nicht darauf wartet, dass der Staat ihn durchfüttert, leistet er einen Dienst für Frankreich.*

Diese Aussage liegt auf einer anderen Ebene als die Ausgangsfrage. Nicht die Unzufriedenheit der Bürger, die dann gut oder schlecht mittels der Parteien politisiert wird, sondern der Staat ist hier der Ausgangspunkt für die Kritik am demokratischen Prozedere. Das Parteiensystem versauere den Staat, ist da die Kritik.

— *Und das Volk werde auch versaut, weil es sich auf den Sozialstaat als seinen Schutzapparat verlasse. Das ist auch seine fundamentalistische Kritik an den Gewerkschaften, die als Mediatoren von anerkannten Arbeiterinteressen Bremsen für die Interessen des Kapitals sind.*

— *Vom Standpunkt der Unzufriedenheit mit dem Stand der französischen Nation will Macron nicht nur die Sozialleistungen kürzen und die Wirtschaft mehr begünstigen. Er hält es für notwendig, an der politischen Verfasstheit des Landes etwas zu ändern.*

Die Funktion der Parteien, an den Interessen der Bürger anzuknüpfen und sie in Parteiprogramme in Regierungsprogramme einzudampfen, hält Macron für einen Irrweg, der zum Ruin der Nation führt. Er greift das demokratische Prozedere an, weil er mit dem Erfolg der Nation unzufrieden ist. Im Staatsbuch werden an jedem Paragraphen lauter Übergänge in der Demokratie vom Standpunkt der Unzufriedenheit mit der Erfolgsbilanz der Nation benannt. Der Fanatismus des Erfolgs der Nation, sich gegen alle Widrigkeiten durchzusetzen und dafür das eigene Volk zu mobilisieren, kennt auch den Übergang, einige Elemente der Demokratie (hier: die Rolle der Parteien und der Legislative) ad acta zu legen.

\*

— *Macron setzt gegen die Parteien auf die ‚Bewegung‘ (La République en Marche). Er definiert als deren Bestimmung die „Gesamtheit der Franzosen“. Er will also seine Anhänger gleich als Franzosen ansprechen. Alles, was sie an privaten Interessen haben, sollen sie im Erfolg der Nation aufgehoben sehen. Das ist der spezielle Inhalt dieser Bewegung. Was Macron an den Parteien kritisch festhält – sie hätten als ihren Ausgangspunkt partikulare Interessen – darüber sind die heutigen Volksparteien schon längst hinweg. Die verstehen sich als Vertretung des gesamten Volkes, unabhängig von ihrem jeweiligen ökonomischen Stand. Worin unterscheidet sich die Bewegung hinsichtlich der Form von einer Partei? Worauf kommt es Macron speziell an?*

Die Volkspartei ist die Absage an die Ausrichtung auf einen *besonderen* Stand, an eine bestimmte Klientel; Bauern, Handwerker oder Arbeiter. Die Volkspartei bezieht sich auf alle vorhandenen Interessen als: die sind alle bei mir aufgehoben. Im Unterschied dazu ist Macrons Bewegung einziger Inhalt „Frankreich“, die passende Form sein „Ich“ als deren Führer. Vom Personal aus gedacht ist der Ausgangspunkt der Franzose, der per Natur kein wichtigeres und größeres Anliegen hat, als etwas gegen den Niedergang Frankreichs zu unternehmen.

— *Bei der Volkspartei existiert der Widerspruch, dass sich die partikularen und sich widersprechenden Interessen in einem Parteiprogramm aneinander zu relativieren haben. In der Bewegung von Macron sind diese sich widersprechenden Interessen bereits im Ausgangspunkt in diesem Höheren aufgehoben. Das, was sie verbindet – Frankreich – ist der Ausgangspunkt und Endpunkt dieser Bewegung, während die Parteifunktionäre (so Macrons Kritik) wegen der Verfolgung diverser Privatinteressen den Blick auf den Niedergang Frankreichs verlieren und sich Frankreich nicht mehr zur Sache machen.*

Angesichts des Protestes der „Gelben Westen“ gibt es in Frankreich – und auch hierzulande – die Kritik an Macron, er hätte mit seiner Bewegung lediglich eine Machtbasis für sich geschaffen, die die Anhänger auf seine Person verpflichtet, aber eben keine durchgesetzte Parteiorganisation, die im Land ihren guten Dienst tut, nämlich dafür zu sorgen, dass ein derartiger Protest nicht entsteht.

\*

— *Wenn Schicksalsfragen der Nation anstehen, kommt der Staat auf die Grundlage seiner Souveränität zurück. „Dann ist eben nicht der Staat für die Regelungen der privaten Konkurrenz der Bürger und Erfolgsstreben da, sondern umgekehrt ist die ganze wirtschaftliche Konkurrenz der Bürger Mittel seiner Macht“ (S. 31/32). Wieso ist das als „nicht – sondern“ aufgemacht? Der Staat bezieht sich ja weiterhin auf die private Konkurrenz als die Grundlage seiner Machtmittel, mit denen er sich auf der Welt durchsetzen kann. Das ist nicht abgeschafft. Die Bürger sollen auf der Ebene der Moral ihre Stellung gegenüber dem Staat verändern, indem sie ihn nicht (mehr) als Dienstleister für die Regelung ihrer Konkurrenzinteressen betrachten, sondern umgekehrt sie sich selbst anstrengen, sich in der Konkurrenz bewähren und Frankreich dabei stark machen.*

Das als Moral zu nehmen, würdigt nicht die staatstheoretische Behauptung, dass hier ein anderes Verhältnis

zwischen Staat und Konkurrenzgesellschaft aufgemacht wird. Macron bezieht sich anders als ein Staat in Normalzeiten auf seine Konkurrenzgesellschaft. In Normalzeiten (vgl. §5 Staat) organisiert der Staat für seine Kapitalisten eine Infrastruktur und für seine Proleten einen Sozialstaat, damit sie ihren Dienst tun können. Jetzt in diesen schwierigen Zeiten sieht Macron den Staat nicht als die regelnde Instanz dieser Gegensätze, *sondern umgekehrt soll die Konkurrenzgesellschaft für Frankreich da sein*. Da wird auf eine Änderung der praktischen Sichtweise eines Staatsmannes hingewiesen. Er klagt ein, dass sich die Konkurrenzsubjekte als freie betätigen und sich nicht an den Staat wenden und irgendwelche Dienstleistungen fordern. Da gibt es z.B. ein altes und ein neues Kündigungsschutzgesetz und jeweils wird eine Konkurrenzordnung damit gestiftet. Aber in dem alten Gesetz geht es um den Schutz des Arbeiters, den er braucht, um seinen Dienst tun zu können. In dem neuen Gesetz wird der bisherige Schutz als Beschränkung (der Unternehmen) definiert. Die Freisetzung der Arbeiter soll die Ökonomie und Frankreich insgesamt voranbringen.

Der staatliche Blick auf den Stand seiner Konkurrenzgesellschaft endet in sehr verschiedenen Maßnahmen. Mitterand hat 1980 gemeint, er müsse  $\frac{3}{4}$  seiner Industrie verstaatlichen und den Staat mit Kredit aufbauen. Der besondere Blick von Macron besteht darin, dass er seine Konkurrenzgesellschaft im doppelten Sinne recht einsinnig freisetzen will. Die einen frei von Schutz und die anderen frei von Beschränkungen, damit sie ihr Profitinteresse ungehindert verfolgen können, das unmittelbar mit dem staatlichen Nutzen zusammen fällt und darum geht es: das Wiedererstarken Frankreichs.

\*

An den Anfängen des Protests und seiner Entwicklung sieht man, wie treffend der Artikel benennt, welche Lage Macron herbei regiert hat. Worin hat das seinen Grund, dass Leute sagen: „Eine Woche vor dem Monatsende ist der Kühlschrank leer“? Man kann festhalten, dass das immer so ist bei der arbeitenden Menschheit, dass sie am Monatsende kein Geld mehr hat, aber hier ist etwas Spezielles gemeint. Eine der Forderungen der Gelbwesten ist: „Es soll in jeder Region mindestens ein Postamt geben.“ Der Grund dafür steht im Artikel, wenn es darum geht, dass Macron verkündet, der Staat muss sparen und er die Entlassung von 120 000 Beschäftigten ankündigt (s. S. 31), die z.B. bei der Post oder in den Krankenhäusern auf dem Land angestellt waren. Hat Macron die Leute nicht von all diesen öffentlichen Einrichtungen ‚befreit‘ und dafür gesorgt, dass sie jetzt nicht über die Runden kommen? Hat er nicht umgekehrt den Kapitalisten in besonderer Weise Recht gegeben, sie ins Recht gesetzt, Preiserhöhungen durchzusetzen (Preiserhöhungen bei Benzin z.B., von denen die Benzinsteuer profitiert) und damit die Lage geschaffen, die die Demonstrierenden nicht mehr aushalten wollen?

— *Das Besondere an diesem Protest ist, dass er sich gegen Macron richtet. In einem Interview in der SZ sagt einer, dass die „Gelbwesten“ genau wie Macron weder links noch rechts kennen. Sie sind gegen den, den sie vor eineinhalb Jahren mit großer Mehrheit gewählt haben.*

Wenn darauf gepocht wird, dass Macron versprochen hat, weder rechts noch links zu sein, und die Gelbwesten für sich dasselbe reklamieren, wenden sie diesen Maßstab gegen ihn. Macron hat in Bezug auf die Verfasstheit der Parteien, deren Gültigkeit und deren Verankertheit in der Bevölkerung etwas geleistet (s. Punkt III, S. 32 ff.). Die Protestierenden verkünden, dass sie mit den Parteien nichts am Hut haben, weil diese marginalisiert sind, und die Gewerkschaften werden nicht als Vertreter der Unzufriedenen akzeptiert, weil Macron sie einen Kopf kleiner gemacht und ausgemischt hat.

— *Dabei ist es sachlich falsch, dass Macron von der großen Mehrheit gewählt wurde, er hatte nur 30% der Wahlstimmen bekommen. Die Stimmen der Enthaltungen werden da mitgezählt.*

Die Frage, ob seine Mehrheit wirklich eine wahre, ist nicht entscheidend. Die hiesige Öffentlichkeit jedenfalls hat die Mehrheit für Macron gefeiert, weil die Franzosen nicht Le Pen gewählt haben, und hat daraus geschlossen, dass die Mehrheit Reformen will.

Bevor man sich die Gründe für die Unzufriedenheit mit Macrons Politik ansieht, geht es um die ökonomische und politische Situation, in die er Frankreich im Sinne seines Programms erfolgreich hinein gemanagt hat. Macron hat das Parteiensystem erfolgreich bekämpft und dies ist ihm vom Volk bestätigt worden. Er hat das traditionelle französische Verfahren zu regieren (in dem die Parteien sich an der Macht abwechselten oder kohabitierten mussten, weil der Präsident der einen Partei angehörte und in der Nationalversammlung die andere die Mehrheit hatte) bekämpft und darin Recht bekommen. Jetzt sind die Parteien und die Gewerkschaften keine Ansprechpartner mehr.

Die Gelbwesten ihrerseits verweigern sich fürs Erste auch von sich aus einer Vereinnahmung, sie lassen sich eine Übersetzung ihrer Unzufriedenheit in irgendein Staatsprogramm nicht gefallen.

Dabei kann man dem, wogegen sich der Protest richtet, entnehmen, dass Macrons Politik die Grundlage dafür in der Gesellschaft geschaffen hat. Zwar liefert auch der Misserfolg des Aufschwungs des Kapitals und die Krise, in der Frankreich weiter steckt, Gründe für den Protest, aber der Artikel erklärt, welche sachlichen Grundlagen Macron dafür geschaffen hat.

— *Ist das nicht übertrieben, hat Macron tatsächlich schon 120.000 Staatsbedienstete entlassen? Und hatten nicht Kapitalisten auch vor Macron die Freiheit, Preise zu erhöhen?*

Jedenfalls hat Macron den Lohn gesenkt durch die Erleichterung von Entlassungen und Verringerung von Abfindungen und so zur Verelendung in der Gesellschaft beigetragen.

— *Die Gelbwesten sagen, die Erhöhung der Benzinsteuer hat das Fass zum Überlaufen gebracht, und als Sarkozy oder Hollande große soziale Veränderungen durchsetzen wollten, gab es auch Massenstreiks, d.h. die*

*Leute waren vorher schon an dieser Armutsgrenze, an der das Fass dauernd überläuft. Jetzt kommen die Maßnahmen Macrons noch oben drauf.*

Die Gleichsetzung ist nicht richtig, Sarkozy wollte die Massenkaufkraft stärken (s. Nicolas Sarkozys „rupture“: „La Grande Nation – zu klein“, GS 1-08), das will Macron nicht. Auf der Grundlage dessen, dass die Kapitalisten all diese Freiheiten haben, z.B. Preise zu erhöhen, hat er seine Maßnahmen beschlossen und sie von einigen sozialen und steuerlichen Lasten befreit.

*— Dass der französische Staat immer schon u.a. in den Banlieus einen großen Teil überflüssiger Arbeitsbevölkerung hatte, weiß man. Das Argument, dass die Maßnahmen Macrons das Fass zum Überlaufen gebracht haben, tut so, als gäbe es eine Kontinuität im Umgang mit dem Volk und der Arbeiterklasse. Macron entdeckte aber gerade bei ihr große Kürzungsmöglichkeiten und nimmt die Leute in die Pflicht, sie aushalten zu müssen. Er tut das, weil er den Standpunkt vertritt, dass sich Europa unter Frankreichs Führung gegen seine inneren und äußeren Misserfolge ganz neu aufstellen muss; dazu gehört, die Wirtschaft freizusetzen, damit sie mindestens so stark und führend wie die deutsche wird, um die deutsche Führungsmacht angreifen zu können.*

Die Gelbwesten sagen nicht, wenn der Tropfen nicht das Fass zum überlaufen gebracht hätte, wäre ihre Situation in Ordnung, sondern sie verweisen auf die Erhöhung der Steuerlast, auf einen Zustand von Armut, den Macron sich aufs Programm geschrieben hat.

*— Wenn Macron verkündet, dieses System ist verkrustet, macht die Leute unselbständig und abhängig und stört ihre notwendige Initiative, um Frankreich wieder nach vorne zu bringen, ist ein anderer Umgang mit Staatseinrichtungen angesagt als bisher. Macron hat die Vermögenssteuer abgeschafft, um die Reichen nach Frankreich zurückzuholen, weil er sie für diejenigen hält, die allein Frankreich voranbringen. Er will in den nächsten Jahren 60–80 Mrd. an Staatskosten einsparen; und es ist klar, wo er sparen will und was auf die Leute zukommt.*

Und was ist jetzt bemerkenswert an den Gelbwesten?

*— Wieso sind sie – wie vorher gesagt wurde – nicht für ein Staatsprogramm zu vereinnahmen? Sie sind doch in ihren Forderungen sehr konkret in ihrer Aufzählung von Steuerentlastung, sozialem Wohnungsbau etc. Die 42 Forderungen sind ein halbes Regierungsprogramm.*

Diese Forderungen werden von keinem in der Bewegung als Regierungsprogramm genommen. Es sind lauter Einzelforderungen, bezogen auf materielle Schädigungen, die nicht sein sollen. Die Gelbwesten beharren auf jeder Forderung und relativieren sie nicht aneinander. Die Forderung der Steuerentlastung könnte als Teil eines gerechten Steuersystems von einer alternativen Partei vorgeschlagen werden, aber hier drücken die Forderungen eine *rein negative Stellung* zu dem Schaden, den die Leute haben, aus – sie halten bei jeder einzelnen Forderung fest, dass sie Geschädigte sind und machen das zum Einwand. Sie verweigern sich dem, dass sie ihre Interessen am Allgemeinwohl relativieren sollen. Es ist keine Forderung nach Kompensation, sondern das Beharren darauf, dass die Schädigung nicht sein soll. Es geht also nicht um die Verringerung des Schadens. Jede einzelne Forderung ist für sich verträglich, könnte von einer Partei aufgenommen und für sich erfüllt werden, aber man merkt, dass die Demonstranten sie mit einem Absolutheitsanspruch vertreten, der zeigt, dass sie ihren Schaden nicht wollen. Diesen Anspruch drücken sie in den einzelnen Forderungen wie „weg mit der Steuer!“ etc. aus, aber das Prinzip ihrer Forderungen ist nicht, wenn die oder jene erfüllt ist, ist unser Protest zu Ende. Das macht sie einerseits unhandlich und andererseits so interessant für die konkurrierenden Parteien.

In der hiesigen Öffentlichkeit wird Macron geraten, er müsse geschickt nachgeben. Doch dieser Rat passt nicht, da Vorschläge von Regierungsseite, z.B. eine Steuer abzuschaffen, nicht fruchten, weil der Protest der Gelbwesten absolut ist in der negativen Stellung zum eigenen Schaden. Sie sagen, den hat Macron uns eingebrockt und dagegen stehen wir auf. Das hat nicht wie bei Protesten hierzulande etwas von Bettelei um Arbeit. Selbst wenn diese Bettelei militant wird und Straßen sperrt wie in Bochum, will sie nur der Bettelei Nachdruck verleihen. In Frankreich dagegen verleihen die Gelbwesten nicht ihrem Protest Nachdruck, um diese oder jene Forderung anerkannt zu bekommen. Das Entscheidende an den Forderungen ist eben ihre *absolut negative Stellung zur eigenen Schädigung*, die zum Einwand gegen die gesamte Regierung wird. Das ist die Besonderheit dieses Protestes.

\*

Es gibt einen Zusammenhang zwischen den materiellen Forderungen und den Forderungen nach dem Rücktritt des Präsidenten. Es ist also zu klären, wie es zu den Forderungen der Protestierenden passt, dass sie auch Macron weghaben wollen.

*— Diese Unbedingtheit des Protestes hat die Form, dass sie sich nicht einlassen wollen auf die demokratischen Verfahrensweisen. Diese würden bedeuten: Forderungen stellen, Verhandlungsmasse angeben und auf einen Kompromiss schießen. Betteln um Arbeit ist nicht ihre Position. Als ihnen das Angebot gemacht wurde, Benzin- und Dieselsteuer für ein halbes Jahr auszusetzen, sagten sie: "Wir sind keine Spatzen, wir nehmen keine Krümel, wir wollen das ganze Baguette". Sie bestehen darauf, dass Franzosen sich reproduzieren können und dafür machen sie diesen Aufstand. Das ist fern ab von Gepflogenheiten und politischen Umgangsformen, die in Demokratien etabliert sind.*

*— Weiterhin legen sie Wert darauf, keinen Sprecher zu haben, der in ihrem Namen verhandelt. Macron hatte solch ein Angebot gemacht und ein paar Gelbwesten zum Gespräch geladen. Aber sie betonen, dass sie keine Repräsentanten wollen, die als Verhandler die Relativierung des Protests betreiben. Das würde heißen, dass*

einer in ihrem Namen verhandelt und Kompromisse zur Beilegung der Proteste beschließt, die dann für alle gelten.

Was kann man dem Gedanken, dass sie keinen festen Sprecher wollen, entnehmen? Was ist da ihr Standpunkt?

— *Sie sagen, wir verkaufen unsere Forderungen nicht an die Regierung. Wir lassen eine Verhandlungsdelegation nicht zu, weil das die Relativierung unserer Forderungen an die Regierung wäre.*

Sie haben ein Bewusstsein davon, dass die Gründung einer Bewegung mit einem Führer ein Delegieren der eigenen Interessen an eine Instanz ist, die dann im Namen des Allgemeinwohls mit dem Staat und dessen Vertretern herumklüngelt. Wer bei ihnen versucht, heimlich hinter ihrem Rücken mit dem Premier zu verhandeln, dem schreiben sie ein Mail: "Wenn du rauskommst, bist du einen Kopf kürzer." Es kam kein einziger Vorschlag von den Gelbwesten in dem Sinne: Macron muss weg und dann könnten wir uns einen anderen Präsidenten vorstellen – auch da das absolut Negative: nichts als ihre Feindschaft gegenüber dem Führer. Sie überführen es nicht in das Methodische: ein Neuer steht zumindest für etwas, das der Alte nicht ist.

Der Witz dieser Bewegung ist ihr Verzicht auf eine alternative Führung oben und der Verzicht auf eine Führung bei ihnen selber. Dies sind alles konsequente Verlaufsformen des undemokratischen Festhaltens am eigenen geschädigten Interesse. (Man sollte es auch nicht als Gegenargument nehmen, wenn einer aus der Gelbwesten-Bewegung sagt, er wäre doch für irgend eine Partei oder Figur – bei denen kann doch jeder alles sagen.)

— *Mir ist Folgendes an ihrer Forderung nicht klar: sie stellen eine prinzipielle Machtfrage und stehen auf dem Standpunkt, dass sich über die Machtfrage ihr Wohlergehen entscheidet. Sie machen es doch auf diese Weise zu einer Sache der Politik, ob sie über die Runden kommen oder nicht? Oder anders: Wenn die Forderung "Macron muss weg" so absolut auftritt, ist das ein radikaler Standpunkt. Aber was heißt es dann, wenn Macron weg ist? Dann ist doch nicht der Kapitalismus weg oder die Unternehmer?*

Sie wenden sich an den Führer und dieses Sich wenden ist zumindest doppeldeutig. Normalerweise wendet sich der Bürger an ihn in seiner Rolle als Untertäniger, als Sprecher des Volkes, der das Anliegen hat: "Du bist der Zuständige für mein Anliegen." Die Gelbwesten wenden sich an den Präsidenten in einer anderen Bedeutung.

Der Einwand, dass die Protestierer nicht Staat und Kapital weg haben wollen, also nicht kommunistisch sind, erklärt gar nichts. An der Tatsache, dass diese sich an den Staat wenden, muss man nicht gleich entdecken, sie würden sich affirmativ an ihn wenden. Andererseits muss man jetzt auch nicht in deren Namen weiter denken und sich fragen, was daraus folgen sollte.

Sie erklären demjenigen die Feindschaft, der ihnen die Schädigungen eingebrockt hat. Wenn Macron sich als der Führer der Bewegung – und die Bewegung fällt mit ihm in eins – inszeniert und durchgesetzt hat, dann bekommt er von den Gelbwesten jetzt zu hören: *wir* sind die Bewegung. Das ist gegen ihn gerichtet und hat das Besondere, dass er nicht nur einfach Präsident ist, sondern dass er Präsident einer populistischen Bewegung ist, der er ihren Inhalt gibt. Das ist eine ganz andere Kritik als zu sagen: ich will einen anderen. Sie wenden sich an ihn in der doppelten Bedeutung: er hat ihnen den Schaden eingebrockt und er hat ihnen das als Führer dieser Bewegung eingebrockt.

— *Folgendes ist unklar: im Artikel ist erstens das Argument von Macron vorgeführt worden, die Eliten und die Parteien müssen weg; dass ‚die da oben‘ sich seinerzeit bereichert haben, hat das Volk verstanden und ihn deshalb gewählt. Zweitens hat er immer angekündigt, dass „wir den Staat stark machen“ und das heißt für alle, Opfer zu bringen. Jetzt behaupten die Gelbwesten, die Eliten hat er nicht entmachtet, sondern er ist jetzt selber die neue Elite. Deshalb die Forderung: die neue Elite und auch die fünfte Republik muss weg. Ist das nicht ein Sinneswandel bei denen, weil sie merken, was er ihnen eingebrockt hat?*

Die Gelbwesten sind das Produkt von Macron Agitation und er löst sein Versprechen nicht ein. Das hauen sie ihm jetzt um die Ohren und fordern, er muss weg. Aber nicht in der Bedeutung, dass er als Elite versagt hätte, sondern dass er selbst zur Elite gehört. Das ist genau der Vorwurf, den er allen Konkurrenten vorher gemacht hatte.

— *Zu dem Schaden, den sie ausmachen, könnten die Protestierer ja auch sagen: wenn sie am 15. des Monats kein Geld mehr haben, ist der Lohn zu gering. Sie sind aber Staatskritiker, indem sie behaupten, sie hätten zu wenig, weil der Staat ihnen zu viel an Steuern wegnimmt. Das Kapital kommt da ziemlich ungeschoren davon.*

Rein von der Anschauung her überwiegen die Feindschaftserklärungen gegen den Staat. Aber man sollte daraus nicht umgekehrt die Kennzeichnung machen, damit wäre das Kapital aus der Schusslinie. Es ist zuerst die Feindschaftserklärung gegenüber dem, der ihnen die Steuer eingebrockt hat. Dass hier das Kapital nicht vorkommt, ist richtig, aber damit sind sie nicht ausschließlich Kritiker des Steuerstaates. Wie taucht die Kapitalkritik bei ihnen auf?

— *Sie werfen Macron vor, er wäre der Präsident der Reichen. Er verrät in ihren Augen das, was sie sich von dieser populistischen Regierung versprochen haben. Das ist ihre ganze Enttäuschung, die sie gegen ihn wenden.*

Ja, er ist derjenige, der diese Klasse bevorzugt und so die normalen Leute schädigt. Über diesen Umweg taucht die Klassenfrage bei ihnen auf.

Die Franzosen haben Macron vor eineinhalb Jahren gewählt und jetzt gehen die Gelbwesten gegen ihn auf die Straße. Und nicht nur das: drei Viertel der Bevölkerung ist der Meinung, es sei gut, dass sich die Gelbwesten wehren. Was für ein Verhältnis wird durch diese Gegenüberstellung aufgemacht?

— *Ein Verhältnis in der Richtung, dass ihnen ihre Hoffnung, wegen der sie Macron gewählt haben, abhan-*

dengekommen ist. Das Seltsame dabei ist, dass er ihnen nichts Materielles versprochen hatte, sondern dass Frankreich wieder groß und stark werde.

— *Macron hatte versprochen, dass aus Frankreich etwas wird und sie als Franzosen gehören doch zu Frankreich dazu. Da muss der Präsident sie doch mitnehmen und tatsächlich ein Leben führen lassen, das eines Franzosen würdig ist. Das ist der Anspruch, den sie aufmachen und den er erfüllen müsse. Also auch welche, die ihn gewählt haben, sagen jetzt, sie hätten die Schnauze voll.*

Eine vom Handeln der Gelbwesten abgeleitete Antwort wäre: es ist egal, was ich damals gemacht habe, den Schaden jetzt will nicht haben. Das hat *nicht* die Betonung, als Franzose will ich ihn nicht haben, vielmehr die Auskunft: Macron hat doch versprochen, Frankreich groß zu machen und jetzt macht er uns nieder. Es ist ein Unterschied, ob der Bürger sich hinstellt und sagt "wir sind das Volk" und darin seinen Wunsch nach Berücksichtigung – vom untertänigen Standpunkt des Volkes zur Herrschaft – ausdrückt. Die Protestierer stellen sich vom Standpunkt des geschädigten Interesses gegen die Herrschaft und wenn sie zwischendrin die Marseillaise singen, sollte man aufpassen: wenn sie jetzt ihren Schaden erfahren und sich darauf beziehen, liegt darin kein theoretisches Verhältnis zu dem, was sie beim Wählen vor eineinhalb Jahren gemacht haben. Was sie sich damals alles gedacht haben mögen, ist eigentlich überholt angesichts dessen, was sie jetzt praktisch tun.

— *Dass sie an ihrem geschädigten Interesse festhalten, diesen Protest auf die Straße tragen, soziale Unruhe stiften und den Straßenverkehr außer Kraft setzen, ist etwas anderes als zu sagen, ich als Franzose habe ein Recht auf ein Auskommen und damit gehe ich auf die Straße. Wenn sie zum Triumphbogen gehen und dort die Symbole dieser Nation kleinbauen, gehört das auch dazu. Sie sehen sich von Macron als diesem neuen Führer der Nation geschädigt und setzen ihm machtmäßig was entgegen. Also stimmt es nicht, dass sie damit ihren Standpunkt relativieren, wenn sie alle die Marseillaise singen.*

Damit ist der Widerspruch benannt. Was ist los, wenn sie mit der Tricolore marschieren und dann das Symbol der Nation zerschlagen? Es ist schlecht vorstellbar, dass ein AfD-ler schreit "wir sind das Volk" und anschließend das Brandenburger Tor absägt. Franzose zu sein, hat vielmehr die Bedeutung von einem Recht auf ein anständiges Leben – und nicht umgekehrt, anständig zu leben, löst sich darin auf, Franzose zu sein. Man muss den Übergang, den sie tatsächlich machen, zur Kenntnis nehmen. Wenn sie mit ihren Forderungen auf kein Gehör stoßen, kommen sie darauf, dass sie machtvoll auftreten müssen.

— *Wie charakterisiert man diese negative Stellung der Gelbwesten ohne gleichzeitig zu denken, sie bewegen sich mit ihrem machtvollen Protest in eine halbwegs richtige Richtung? Sie exekutieren ihre Kritik an Macron und was das positiv bedeutet, kann man dem nicht entnehmen.*

— *Das Schwierige bei der Diskussion ist die Frage nach ihrem Verhältnis zum Staat, zum Kapital und ob es dort eine Identität gibt. Wenn jemand der Marianne das Gesicht einschlägt, heißt das, ich komme nicht über die Runden und Frankreich ist schuld daran; wenn jemand mit der Tricolore protestiert, heißt das, wir sind das Volk, Macron verrät uns und hält zu den Reichen. Darin liegt ihre Identität. Was die sich darüber hinaus überlegen, dazu fehlt das Material und es bleibt auch abzuwarten.*

Du kannst dem Material ja entnehmen, dass es irgendeine Art von Identität nicht gibt. Sie einigen sich nicht auf irgendein positives Programm und machen auch keinen Versuch in dieser Richtung.

Es wäre ein Wunder, wenn es in einer solchen Bewegung nicht zugleich von außen oder von innen lauter Bemühungen geben würde, sie auf ihr Franzose-zu-sein, oder auf eine bestimmte Partei – sei es Le Pen oder sonst eine – hin zu biegen. Diese Sache ist offen und bis jetzt nicht entschieden. Derzeit ist es das negative Verhältnis zu all dem; es ist *nicht* gekennzeichnet als Protest von Franzosen, deren Unzufriedenheit ganz in einer nationalen Zugehörigkeit aufgeht. Ansonsten muss man abwarten, was aus dieser Bewegung wird.

— *Dass die Bewegung sehr massiv und kompromisslos auf ihrem materiellen Interesse besteht und Macron dafür haftbar macht, stellt sich in ihrem Bewusstsein in der Weise negativ dar, dass sie keine Vorstellung davon haben, was sie mit ihren Aktionen in Gang setzen. Gibt es bei ihnen Gedanken darüber, was sie machen, wenn sie die Gewaltfrage stellen?*

— *Was sie machen, ist: Sie wollen Macron bestreiten, dass er sich mit weiteren Maßnahmen, die ihnen schaden, durchsetzt. Macron reagiert seinerseits mit der Staatsgewalt, lässt die Polizei aufmarschieren und kriminalisiert die Protestierenden, da wird die Machtfrage gestellt. Mehr muss man da nicht reindenen.*

Die Art und Weise, wie diese Bewegung gegen ihren materiellen Schaden kämpft, rührt an die elementare Frage der Macht. Sie beruft sich auf die Macht, die sie mobilisiert hat und die für ihr Interesse spricht, es durchzusetzen. Das ist das Undemokratische an ihnen. Die gilets jaunes verweigern jede Form von Eingemeindung und kündigen die Zuständigkeit der anderen Seite auf. Sie sagen nicht, dass sie mit der Erfüllung bestimmter konkreter Forderungen zufrieden sind, aber durchaus, dass z.B. die Benzinsteuern weg muss. Am Anfang legen sie den Verkehr in den Straßen der Provinz lahm, das beeindruckt Macron nicht, er beharrt auf Kurhalten und darauf, dass wegen der drohenden Klimakatastrophe die Steuer für die Energiewende notwendig ist. Sie tragen den Protest nach Paris, Macron wirft ihnen Gewaltanwendung vor. Ihre Antwort: Wir werden wiederkommen, da wir bisher nichts erreicht haben. Auf diese eigentümliche Weise werfen sie die Machtfrage auf.

\*

Welche Maßstäbe finden bei der Beurteilung dieses Protestes in der hiesigen Öffentlichkeit Anwendung?

— *Von der hiesigen Öffentlichkeit wurden einige Parolen in die rechte Ecke gestellt als Beweismittel dafür, dass der Protest gegen Macron unberechtigt sei.*

Den Forderungen kann man entnehmen, dass Ausländerfeindlichkeit nicht ihr Standpunkt ist – die wäre ihrem

Begriff nach: ich definiere mich als Franzose, und zwar in dem Sinn: also gehören die, die keine sind, nicht hierher.

— *Die Verwunderung in der deutschen Öffentlichkeit darüber, dass Macron vor zwei Jahren von einer überwältigenden Mehrheit gewählt worden ist und es jetzt diesen Aufstand gibt, ist blödsinnig. Der Protest richtet sich gegen eine in den letzten 1 1/2 Jahren von Macron hergestellte Schädigung. Der Hinweis in deutschen Zeitungen, dies sei inkonsequent, soll die Bewegung delegitimieren. Vom deutschen Interesse her, das auf Macron setzt, gibt es kein Verständnis für einen derart radikalen Protest gegen die Obrigkeit. Die Historiker erklären ihn mit der Kultur des Chaos in Frankreich seit 1789.*

Bevor man in die Einzelheiten geht, muss man zwei Gesichtspunkte festhalten, unter denen der französische Protest betrachtet wird. Der erste ist der Aspekt der Macht. Die Aussage, Macron sei bei seinem Eingehen auf Forderungen eingeknickt und das noch ohne Erfolg, hat den Inhalt, dass die Macht es versäumt hat, die Reformen rechtzeitig und konsequent durchzuziehen und das Volk dabei mitzunehmen. *Die Gültigkeit der Macht*, die nicht angetastet werden darf, die ihre Beschlüsse realisieren muss, *ist die entscheidende Größe*. Dabei geht es erstmal gar nicht um Demokratie. Die zweite Schiene zur Einordnung von Kommentaren der hiesigen Öffentlichkeit ist die gnadenlose volkswirtschaftliche Besserwisseri: auf der Champs-Élysées wurden Geschäfte kaputtgeschlagen, das bedeutet ökonomischen Schaden und man rechnet aus, wieviel Prozent des BIP dies ausmacht und dass deshalb die Einhaltung der Maastricht-Kriterien gefährdet ist.

— *Ich sehe noch einen 3. Punkt. Macron ist gegenüber Deutschland angetreten mit seinen EU-Reformvorschlägen: Er verdient das Vertrauen der Deutschen, weil Frankreich seine Hausaufgaben erledigt, sein Volk mit Reformen auf Vordermann zu bringen versucht. Er wirbt mit der Volksverarmung für sein imperialistisches Programm und will darüber das Gewicht Frankreichs in Europa steigern. Deutschland antwortet, dass dies nicht gelungen sei, er sich in seinem Laden nicht erfolgreich durchgesetzt habe.*

Die Betonung liegt mehr darauf, dass Frankreich eine Macht ist, die Deutschland für sich in Anspruch nehmen will, die Durchsetzung im Innern liegt deshalb im deutschen Interesse.

— *Es ist die Sorge, dass die Leistungen Frankreichs, seines Volks und seiner Ökonomie, für Deutschland in Frage gestellt sind. Der Anspruch lautet, dass Frankreich im Sinne Deutschlands funktionieren soll. Macron war auf einem guten Weg und das scheint jetzt gefährdet.*

Die deutsche Öffentlichkeit imaginiert alles Mögliche, was im deutschen Interesse wäre, was aber oft genug nicht der Wahrheit entspricht. Es ist der Anspruch einer Presse, die sagt: Wir befinden über das, was in Frankreich passiert, unter dem Gesichtspunkt: eine Macht hat zu funktionieren, die hat ihr Volk im Griff zu haben und wenn es einen Protest gibt, dann hat sie etwas falsch gemacht.

Es gibt andererseits auch Verständnis für den Protest angesichts der Zustände, Sittenbilder vom verwahrlosten Frankreich werden gemalt, für das Macron haftbar gemacht wird und auch dafür, dass es ihm nicht gelungen ist, sein Volk mitzunehmen. Das wird als *Schwäche der Macht* besprochen, die den Protest nicht im Griff hat, zu spät, zu früh, zu langsam, zu schnell gehandelt hat. Diese gnadenlose Angeberei der Presse ist festzuhalten.

— *Ist es nicht der Maßstab, den man schon immer angelegt hat, dass Frankreich, eigentlich ein wichtiges Land, im Sinne Deutschlands funktionieren soll, dass aber dort leider einiges schief läuft, wie der Protest mal wieder bestätigt?*

Wenn die Begutachtung Frankreichs nicht unter dem Kriterium des Nutzens für Deutschland erfolgt, sondern unter dem allgemeinen Gesichtspunkt, wie stabil Macht sein muss, dann ist es kein gutes Argument zu sagen, dass die von der deutschen Öffentlichkeit angelegten Maßstäbe „schon immer so“ waren. Es werden Ansprüche formuliert, denen eine ordentliche Macht genügen muss und Ratschläge dafür gegeben. Z. B. müsse man harte Reformen am Anfang der Regierungszeit durchsetzen, damit das Volk diese bis zur nächsten Wahl vergessen hat. Dies sagt die Presse angesichts dessen, dass die Franzosen nach 2 Jahren gerade nichts vergessen haben, sondern sich gegen den Schaden auflehnen. Sie setzt Benimmregeln für eine ordentliche Macht fest und kommt *darüber* auf Demokratie als einem Verfahren, das taugliche Mittel für das Funktionieren der Macht liefert, indem sie die Unzufriedenheit des Volkes einbindet: die Brauchbarkeit der Demokratie für die Stabilität der Macht.

Die Medien gehen vom Ergebnis aus und denken rückwärts. Was ist schiefgelaufen, dass der Protest überhaupt entstehen konnte? Das ist die Technik. Und er wurde von Anfang an unter Beschuss genommen: Die Berichterstattungen standen oft unter der Überschrift „Randalen in Paris“ mit Bildern von demolierten Gebäuden, Autos etc. Die *gilets jaunes* wurden als Gewalttäter charakterisiert.

— *Das ist ein Vorwurf vom Standpunkt des Gewaltmonopols und gleichzeitig spricht man diesen Leuten jeden weiteren Zweck (außer Randalen machen) ab.*

Bei der Begutachtung des Protests ist die Gültigkeit des staatlichen Gewaltmonopols als Maßstab unterstellt. Nur so kommt man darauf, dass Gewalt ein negatives Kennzeichen des Protestes ist. Die Verlängerung ist dann, was die Regierung alles hätte machen müssen, um dies zu verhindern, dass sie versäumt hat, das Volk einzubinden etc. Unzufriedenheit ist immer gleich eine Zustimmungsfrage, die auf die Macht bezogen ist, eine Frage, wie sich die Unzufriedenheit betreuen und einbauen lässt. Und wer sich dem verweigert, wird denunziert. Der Vorwurf „unorganisierter Haufen“ meint, dass der Mannschaft ein Führer fehlt, auf den sie hört und der zugleich ein Ansprechpartner für die Regierung ist, um den Protest einzubinden.

— *In der Presse wird der Protest, dem ein berechtigter Ausgangspunkt zugestanden wurde, dadurch delegitimiert, dass er gekippt sei und durch andere Akteure, abgehängte Hungerleider aus dem Subproletariat, die*

*durch Gewalttaten ihren Hass auf das System ausdrücken wollen, zu einem unorganisierten Haufen Gewaltbereiter mutiert sei.*

In der Anerkennung des Protests als berechtigtem ist die Machtfrage enthalten. Das berechnete Interesse verliert seine Berechnung wegen der Anwendung von Gewalt. Mit Formulierungen wie „da gibt es Kreise oder Personen“ wird ein Urteil *in der Sache* über die Bewegung getroffen. Das ist eine Sortierung in berechtigtes Interesse und eines, das seine Berechnung verloren hat bzw. gar nicht hatte. Was steckt in diesem Gedanken „berechtigtes Interesse“? Die sind unzufrieden mit ihrer Lage. Das wird übersetzt in Unzufriedenheit, die sein darf oder auch nicht. Sie bedarf einer Genehmigung. Der Gehalt davon ist, dass sie zu Recht ihre Unzufriedenheit an den Staat adressieren. Es ist Aufgabe des Staates, die Unzufriedenheit aufzunehmen, positiv zu wenden und zu bewältigen. Der Begriff Berechnung drückt ja den Bezug auf die Staatsgewalt als den Maßstab aus.

— *Die Bewegung wird moralisch beurteilt – sowas gehört sich einfach nicht.*

Moral ist die subjektivierte und verlängerte Fassung dazu. Dass der Protest unberechtigt ist, wird übersetzt in ein negatives Charakterurteil. Dann sind die Figuren nur noch Gewalttäter. Die moralische Disqualifizierung der Person enthält den Bezug auf die Macht als Maßstab, was sich der Gewalt gegenüber gehört. Der Trick besteht darin, diesen Bezug abzutrennen und nur noch als Charakterschwäche dieser Figuren zu kennzeichnen.

Vorschlag zur Klärung weiterer Fragen: Im GS 4-18 ist Frankreichs Europaprogramm Thema: wie Macron sich seine Konkurrenzgesellschaft hinorganisiert und was ihm einfällt als Programm, wie er Frankreich zusammen mit Deutschland in Europa groß macht.

Nächster Jour-fixe: 21.01.2019